

# Zeit Zeichen

NUMMER 4 | DEZEMBER 2022 | Magazin der Kath. Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich | 67. Jahrgang | 5 Euro | Jahresabo 17 €

Mit  
Regionalteil:  
Steiermark  
und Wien

## Wende am Arbeitsmarkt?

Wächst mit dem Arbeitskräftemangel  
die Chance auf „gute Arbeit“?

FOTO: FREEPIK



### **Auf dem Weg zur Vollbeschäftigung?**

Der Verhandlungsspielraum von  
Arbeitnehmer:innen wächst **Seite 4**

### **Fachkräfte braucht das Land**

Höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und  
Integration von Migrant:innen als Schlüssel  
**Seite 7**

### **Zeit zum Begreifen**

Über Geld, Zeit und Wohlstand  
**Seite 12**

## Inhalt

- 3 **Kommentar**  
ANNA WALL-STRASSER
- 4 **Auf dem Weg zur Vollbeschäftigung?**  
Der Verhandlungsspielraum von Arbeitnehmer:innen wächst  
MICHAEL ERTL
- 6 **Die Zukunft der Arbeit bleibt unsicher...**  
...aber es gibt Konstanten  
MARTIN GRUBER-RISAK
- 7 **Fachkräfte braucht das Land**  
Höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und Integration von Migrant:innen als Schlüssel  
WERNER ANZENBERGER
- 10 **Kommentar**  
KARL IMMERSVOLL
- 11 **KABÖ präsentiert „Gesprächs-Würfel“**
- 11 **Dossier „Arbeit und soziale Fairness“**
- 12 **Zeit zum Begreifen**  
Über Geld, Zeit und Wohlstand  
FRITZ REHEIS
- 14 **Kommentar**  
ANDREAS EXNER
- 15 **Gehalt statt Taschengeld**  
Ein Gebot der Stunde angesichts des gegenwärtigen Arbeitskräftemangels  
FRANZ WOLFMAYR
- 16 **Wege zur sozialen Teilhabe**  
Nachlese zur einem „offenen Diskurs zur sozialen Frage in Österreich“  
KARL IMMERSVOLL
- 18 **Ein gutes Leben für alle, aber wie?**  
Eine Debatte über Maßnahmen und Instrumente  
MARTIN HOCHEGGER
- 19 **Erfahrungen aus der „Lebens- & Berufsnavigation“**  
Offene Gesprächskultur und Vertrauen bilden das Fundament der Workshops  
KATJA VLCEK
- 20 **Weihnachten 2022**  
KARL IMMERSVOLL

## Editorial

Steht uns eine Wende am Arbeitsmarkt bevor? Erhöht der augenblickliche Arbeitskräftemangel, u.a. ausgelöst durch den Wegfall der Generation der „Babyboomer“, die Chance auf „gute Arbeit“? Die Debatte dazu in diesem Heft akzentuiert unterschiedlich: Michael Ertl, Konjunktur-Experte der AK Wien, sieht Österreich sich der Vollbeschäftigung nähern und damit einhergehend eine Stärkung der Verhandlungsposition von Arbeitnehmer:innen. „Automatismen in Richtung besserer oder schlechterer Arbeitsbedingungen“ gebe es freilich nicht, so Arbeits- und Sozialrechtler Martin Gruber-Risak, strukturell blieben Arbeitnehmer:innen immer in der „schwächeren Position“, bleibe die „Zukunft der Arbeit unsicher“ und abhängig vom solidarischen Kampf um Rechte und die Gestaltung von Arbeitsbedingungen. Werner Anzenberger von der AK Steiermark kann derweil noch keine Ansätze zu einem Transformationsprozess infolge des Arbeitskräftemangels erkennen. Seine Forderungen: Arbeitszeitverkürzung, höhere Löhne und die Integration von Migrant:innen.

Auch KABÖ-Vorsitzende Anna Wall-Strasser adressiert die Politik: „Demografische Veränderungen lassen sich berechnen und vorausschauen. Dennoch wurde aus populistischem und kurzsichtigem Kalkül jahrelang verhindert, dass etwa junge Menschen aus Kriegsländern hier eine Lehrausbildung machen und sich damit integrieren können“. Wall-Strasser verteidigt den wachsenden „Anspruch auf gute Arbeit“ insbesondere junger Menschen, Bundesseelsorger Karl Immervoll sieht die Chancen steigen, sich einem anderen Arbeitsbegriff zu nähern: „Wollen Betriebe die Jungen (und nicht nur sie) bekommen und halten, dann müssen sie umdenken. Der Mensch ist nicht für die Arbeit da, sondern die Arbeit für den Menschen (Enzyklika Laborem exercens).“

Dieser Perspektivenwechsel geht einher mit einem grundsätzlich anderen Verständnis von Wirtschaft und Geld: „Zeit ist Leben“ proklamiert der Soziologe Fritz Reheis im Sinne einer neuen „Zeitpolitik“, Geld gehöre auf seine Funktion als Mittel zurückgestuft, das „gute Leben für alle“ als Zweck des Wirtschaftens anerkannt. Und Kommentator Andreas Exner hat dazu auch schon konkrete Ideen, die über eine „social economy“ zum Fernziel einer „solidarischen Ökonomie“ führen sollen.

Vielleicht findet angesichts des aktuellen Arbeitskräftemangels endlich auch eine alte Forderung Gehör, zu deren Umsetzung sich die Regierung bereits in ihrem Programm verpflichtet hat: die Integration von Menschen mit Behinderung in den regulären Arbeitsmarkt. Franz Wolfmayr, Mitarbeiter des „Zentrum für Sozialwirtschaft“, hofft auf und plädiert einmal mehr für „Gehalt statt Taschengeld“.

Elisabeth Ohnemus,  
Chefredakteurin

## KOMMENTAR

### ZUR PERSON

**Anna Wall-Strasser**, Theologin, ehem. Betriebsseelsorgerin, langjährig tätig im Bereich mensch&arbeit der Diözese Linz, ist Vorsitzende der Katholischen Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich. FOTO: PRIVAT



## „Wir suchen DICH!“

„Wir suchen DICH!“ steht auf überdimensionierten Werbetafeln, Autoaufklebern und Zeitungsannoncen. In allen Branchen werden derzeit Arbeitskräfte gesucht. Händeringend, so scheint es. Und in den Medien werden lange Wartezeiten bei Aufträgen an Handwerker:innen sowie verstärkte Schließzeiten von Geschäften und Lokalen beklagt oder angedroht, je nach Tonlage.

In einem Gasthaus stand ich unlängst wieder einmal vor einem Aushang mit der werbenden Botschaft „Werde Teil unseres Teams!“. Eine Frau etwa meines Alters neben mir begann angesichts des ganz und gar nicht tollen Arbeitsangebots – es handelte sich um eine geringfügige Beschäftigung zu Abend- und Nachtzeiten – laut zu lamentieren über die jungen Leute, die ja heute nicht mehr arbeiten wollen. Überall zuwenig Personal! ‚Work-life-balance‘, sie könne das schon nicht mehr hören! 45 Jahre hätte sie gearbeitet, Vollzeit, trotz der Kinder! Und jetzt musste sie sich unlängst in der Straßenbahn anhören, dass die Jungen sie erhalten müssen, in ihrer Pension. Die wollen nur mehr Teilzeit und liegen dann lieber am See, als 40 Stunden in der Woche zu arbeiten...! Die Empörung über diese mangelnde Arbeits- und Leistungsbereitschaft war lautstark und der offensichtlich gut situierten Dame ins Gesicht geschrieben.

Über die heutige Jugend zu schimpfen ist wahrlich nichts Neues, dennoch hat mich dieser emotionale Ausbruch überrascht. Was mag wohl aus diesen Äußerungen sprechen? Frust über das eigene vergangene Arbeitsleben? Angst vor der Zukunft als alter Mensch? Oder Trauer über nicht gelebte, weil nicht vorhandene Lebensmöglichkeiten?

**Der geografische und soziale Ort der Geburt entscheidet** Nun sind die Möglichkeiten, weniger zu arbeiten und trotzdem gut zu leben, heute beileibe auch nicht für alle jungen Leute vorhanden. Der geografische und soziale Ort der Geburt entscheidet darüber. Für viele geht sich auch mit viel

harter Arbeit ein angemessenes Leben nicht aus. Arm trotz Arbeit ist für prekär Beschäftigte Realität. Gut Ausgebildete werden nicht selten in überlange Arbeitszeiten gezwungen, um eine Chance auf einen fixen Posten zu haben. Einzelunternehmer:innen arbeiten oft überdurchschnittlich viel für wenig Geld.

### **Anspruch auf „Gute Arbeit“: eine Anmaßung?**

Aber ist das Ansinnen, der Anspruch auf Gute Arbeit, wie ihn die KAB mit vielen anderen sozialen Bewegungen seit Jahren fordert, unanständig und unsozial? Ist es nicht vielmehr ermutigend, wenn immer mehr Menschen versuchen Gutes Leben in die Praxis umzusetzen?

### **Erwerbsarbeit kürzen und besser verteilen**

Ja, Teilzeitarbeit ist eine Armutsfalle, vor allem im Alter, vor allem für Frauen. Darauf wird seit Jahren hingewiesen. Aber Arbeit ist nicht nur Erwerbsarbeit. Zeit und Energie für Familienarbeit, Sorgearbeit und ehrenamtliches Engagement bleibt nur, wenn Erwerbsarbeit kürzer und besser verteilt wird. Armut wird dann verhindert, wenn das soziale Sicherungssystem von allen Einkünften gerecht gespeist wird, auch von Finanzeinkommen, Vermögen, Erbschaften. Und wenn das Grundrecht auf Existenzsicherung allen zusteht.

### **Arbeitskräftemangel:**

**Ergebnis von populistischem und kurzsichtigem Kalkül** Am aktuellen Arbeitskräftemangel sind nicht die Jungen schuld, nicht die Männer und Frauen, in deren Leben mehr Platz haben soll als Erwerbsarbeit. Demografische Veränderungen lassen sich berechnen und vorausschauen. Dennoch wurde aus populistischem und kurzsichtigem Kalkül jahrelang verhindert, dass etwa junge Menschen aus Kriegsländern hier eine Lehrausbildung machen und sich damit integrieren können. Genügend Fachkräfte gibt es nur, wenn man sie zeitgerecht und gut ausbildet und ihre Arbeit auch wertschätzt. Da ist gerade ganz viel Aufholbedarf, meine ich.



# Auf dem Weg zur Vollbeschäftigung?

## Der Verhandlungsspielraum von Arbeitnehmer:innen wächst

Die letzten Jahre waren geprägt von einer Serie an Krisen, die aufeinander folgten, koexistierten oder sich gegenseitig verstärkten. Ihnen zum Trotz sicherte das sozialpartnerschaftliche Modell der Kurzarbeit viele Arbeitsplätze, und den Gewerkschaften gelang die Stabilisierung der Einkommen durch erfolgreiche Kollektivvertragsabschlüsse. Auch wenn sich die aktuellen wirtschaftlichen Aussichten eintrüben, sprechen einige Indizien dafür, dass das wirtschaftspolitische Ziel der Vollbeschäftigung nach langem wieder näher rückt. Das stärkt die Verhandlungsposition von Arbeitnehmer:innen. Eine Analyse von **MICHAEL ERTL**, Referent für Konjunktur- und Verteilungsfragen in der Abteilung Wirtschaftswissenschaft und Statistik der AK Wien und Lektor an der Wirtschaftsuniversität Wien.



Michael Ertl: „Die Unternehmen werden in Zukunft stärker gefordert sein, auf die Bedürfnisse der Beschäftigten einzugehen und ein attraktives Arbeitsumfeld zu schaffen, das neben einer angemessenen Bezahlung auch die Arbeitsbedingungen berücksichtigt.“ **FOTO: AK WIEN**

Die aus heutiger Sicht harmlosen geopolitischen Verwerfungen zwischen USA und China und die Auswirkungen des Brexit wurden abgelöst von einer Pandemie, die in Österreich zum stärksten wirtschaftlichen Einbruch seit Ende des Zweiten Weltkrieges führte. Das Instrument der Kurzarbeit sicherte am Höhepunkt der Pandemie mehr als eine Million Arbeitsplätze. Leider wurden in einigen Branchen aber viele Beschäftigte über

Nacht vor die Tür gesetzt. Kündigung statt Kurzarbeit war die falsche Antwort auf die Krise.

Spätestens mit der breiten Verfügbarkeit von Covid-19-Impfstoffen und dem Ende der Lockdowns kam es schrittweise zu einer wirtschaftlichen Erholung, die begleitet wurde von staatlichen Unterstützungen für Unternehmen, Beschäftigte und Sozialleistungsbezieher:innen. Es folgte ein kräftiger Aufschwung, der durch den Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine ein jähes Ende fand.

Es kam zu einem kriegsbedingten drastischen Auftrieb der Preise für Treibstoffe, Erdgas und Strom. In Österreich tragen sogenannte Gewinn-Preis-Spiralen im Energie- und Mietbereich zusätzlich zur Inflation bei und bescheren einigen Energieversorgungsunternehmen und Immobilieneigentümer:innen enorme Zufallsgewinne und sachlich nicht gerechtfertigt steigende Mietereinnahmen. Zusammen mit anderen Preistreibern folgt daraus eine über Jahrzehnte nicht dagewesene Inflation, die vermutlich bald ihren Höhepunkt erreicht haben wird und danach nur zögerlich abflacht.

### Kollektivvertragliche Lohnverhandlungen dämpfen die Krisenfolgen

Der kräftige Anstieg des Preisniveaus führt zu einer massiven Umverteilung zulasten der Konsument:innen und senkt das real verfügbare Einkommen der privaten Haushalte. Die Konsequenzen sind jedoch eng geknüpft an

die jeweilige Einkommenssituation.

Im unteren Einkommensdrittel müssen Haushalte ihren Konsum deutlich einschränken und in Extremfällen zwischen Heizen und Essen entscheiden. Sie können nicht auf Ersparnisse zurückgreifen und ihre laufenden Arbeits- und Transfereinkommen reichen nicht aus, um alle notwendigen Ausgaben zu bestreiten. Erst das obere Einkommensdrittel kann sowohl das gewohnte Konsumniveau aufrechterhalten sowie auch auf ausreichende Sparguthaben und andere Vermögenswerte zurückgreifen.

In dieser Situation kommt dem österreichischen Kollektivvertragssystem eine gewichtige Rolle zu: Gewerkschaften verhandeln für die Beschäftigten auch in herausfordernden Zeiten Lohnerhöhungen, die eine gesamtwirtschaftliche Stabilisierungsfunktion haben. Als aktuelles Beispiel dient der Abschluss der Metaller in der heurigen Herbstlohnrunde, der mit einer durchschnittlichen Lohnerhöhung von +7,44 Prozent deutlich über der zugrunde liegenden Inflation von 6,3 Prozent liegt.

### Armutsfeste Sozialleistungen mit vermögensbezogenen Steuern gegenfinanzieren

Alle, die aber nicht am Erwerbsleben teilnehmen, sind auf Sozialleistungen – und in Krisenzeiten auch auf diskretionäre Maßnahmen der Bundesregierung – angewiesen. Die beschlossenen Antiteuerungsmaßnahmen wirken sta-

bilisierend, und eingeführte Valorisierungen einiger Sozialleistungen wirken auch langfristig, kommen aber gerade für ärmere Haushalte sehr spät und ändern nichts am generell niedrigen Niveau vieler Sozialleistungen. Sowohl das durchschnittliche Arbeitslosengeld bzw. die Notstandshilfe als auch die Sozialhilfe als letztes soziales Netz liegen mehrere hundert Euro unter der Armutsgrenze.

Die aktuellen Realeinkommenseinbußen vieler Haushalte könnten durch zeitlich befristete höhere Steuerleistungen der Gewinner:innen (z.B. Übergewinnsteuer) ausgeglichen werden. Die umfangreichen Anforderungen an einen armutsfesten Sozialstaat erfordern aber auch strukturelle Anpassungen der Finanzierungsstruktur. Diese kann in einem Land mit einem Vermögensbestand der privaten Haushalte, der die laufenden Arbeitseinkommen um das Fünffache übersteigt, nur mittels progressiver Steuern auf Vermögen und Erbschaften erfolgen.

### Das wirtschaftspolitische Ziel der Vollbeschäftigung rückt näher

Auch wenn Beschäftigung und Arbeitslosigkeit vom Konjunkturabschwung betroffen sind, bleibt die Arbeitslosenquote im kommenden Jahr deutlich unter dem Vorkrisenniveau. Seit einigen Monaten gibt es nur noch etwa zwei Arbeitslose je offener Stelle; eine Relation, die zuletzt in den späten 1970er Jahren erreicht wurde.

Viele Arbeitnehmer:innen, die während der vergangenen Krisen einfach vor die Tür gesetzt wurden, orientieren sich um in Richtung attraktiverer Jobs, und der Arbeitskräftemangel in manchen Branchen ist lediglich Ausdruck schlechter Arbeitsbedingungen. Hinzu kommt, dass die geburtenstarken „Baby-Boomer“-Kohorten den Arbeitsmarkt sukzessive verlassen, was gleichzeitig auch die Chance für viele Langzeitarbeitslose verbessert, die – oftmals vorverurteilt und entmutigt – keine Möglichkeit bekamen, ihre Fähigkeiten unter Beweis zu stellen.

### Gestärkte Verhandlungsposition von Arbeitnehmer:innen

Es wird künftig vermehrt zur Situation kommen, dass Bewerber:innen im Anschluss ans Bewerbungsgespräch ih-

reichbarkeit der sechsten Urlaubswache usw.

Neben der skizzierten Verknappung des Arbeitskräfteangebots gibt es



Michael Ertl: „Es wird künftig vermehrt zur Situation kommen, dass Bewerber:innen im Anschluss ans Bewerbungsgespräch ihren potenziellen Arbeitgeber:innen mitteilen, dass sie in die engere Auswahl kommen.“ **FOTO: FREEPIK.COM**

ren potenziellen Arbeitgeber:innen mitteilen, dass sie in die engere Auswahl kommen. Die Unternehmen werden in Zukunft also stärker gefordert sein, auf die Bedürfnisse der Beschäftigten einzugehen und ein attraktives Arbeitsumfeld zu schaffen, das neben einer angemessenen Bezahlung auch die Arbeitsbedingungen berücksichtigt. Die Bandbreite an Ideen ist groß, und viele innovative Unternehmen zeigen vor, wie es gehen kann: Familienfreundliche Arbeitszeiten, Vier-Tage-Woche, Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich, raschere Er-

auch große gesellschaftliche Herausforderungen wie die Bewältigung der Klimakrise und der dringend notwendige Ausbau sozialer Dienstleistungen. Die verstärkte Nachfrage in diesen Bereichen bietet viele Möglichkeiten für Unternehmen und Beschäftigte. Darüber hinaus können die technologischen Innovationen dieser Transformation dienstbar zur Hand gehen. Mit dem Willen zur Gestaltung einer ökologisch und sozial nachhaltigen Gesellschaft liegt das Ziel der Vollbeschäftigung also zum Greifen nahe.



# Die Zukunft der Arbeit bleibt unsicher

## ... aber es gibt Konstanten

Auch wenn nun die Babyboomer sich aus dem Arbeitsmarkt verabschieden und Platz machen: Die Zukunft der Arbeit bleibt unsicher, meint **MARTIN GRUBER-RISAK**, außerordentlicher Universitätsprofessor am Institut für Arbeits- und Sozialrecht der Universität Wien und Mitglied des „European Centre of Expertise (ECE) in the field of labour law, employment and labour market policies“, das die Europäische Kommission berät. Die einzige Konstante, so Gruber-Risak: es gebe keine Automatismen in Richtung besserer oder schlechterer Arbeitsbedingungen.

Vor einiger Zeit wurde noch im Gefolge der sich abzeichnenden Digitalisierung diskutiert, ob uns denn die Arbeit ausgeht. Es ging dabei um die Frage, ob es wegen der daraus resultierenden Automatisierung vieler Arbeitsprozesse in Zukunft noch ausreichend bezahlte Erwerbstätigkeiten gibt, damit breite Bevölkerungsschichten auf dieser Basis weiterhin ihren Lebensunterhalt verdienen können. Es zeichnete sich dann aber ab, dass es weniger zu einer Reduktion von Jobs, denn zu einer Verlagerung der am Arbeitsmarkt nachgefragten Tätigkeiten kommen würde. Es ging also darum, die Übergangsphase durch begleitende Maßnahmen so zu meistern, dass im Zuge dessen möglichst wenige unter die Räder kommen.

### Die Arbeit geht uns nicht aus

Dabei wurde auch darauf hingewiesen, dass der Arbeitsmarkt in Zukunft anders aussehen und sich insbesondere stärker polarisieren würde. In der Mitte werde es eng. Das sei darauf zurückzuführen, dass sowohl hochqualifizierte als auch niedrig qualifizierte, nicht-routinierte Tätigkeiten schwer zu automatisieren seien. Das habe zur Folge, dass sowohl die Nachfrage nach hochqualifizierten (und in aller Regel gut bezahlten) Beschäftigten ebenso steige wie nach jenen, die niedrig qualifizierte, schlecht bezahlte Arbeiten insbesondere im persönlichen Dienstleistungsbereich verrichten. Ein Musterbeispiel für letztere sind die bei Essens- oder Lebensmittelzustellplattformen Beschäftigten, die in den letzten Jahren einen solchen regelrechten Boom erfahren haben.

### Der demografische Wandel als neuer Faktor

Nun tritt ein weiterer Trend hinzu, nämlich der demografische Wandel, der den Arbeitsmarkt zumindest theoretisch entspannen könnte. Es ginge dann nicht die Arbeit aus, sondern die Arbeitenden. Dies sei darauf zurückzuführen, dass die Babyboomer:innen in Pension gehen und geburtenschwächere Jahrgänge nachkommen, die mehr auf eine work-life-balance achten und nicht mehr bereit sind, zu jeder Bedingung und insbesondere nicht mehr ganz so viel zu arbeiten. Das würde wegen der Verknappung des Arbeitskräfteangebots generell zu besseren Arbeitsbedingungen und insbeson-

dere auch zu höheren Löhnen führen. Damit dreht sich das noch vor einigen Jahre kolportierte Szenario wieder um – von der Knappheit der Arbeit hin zur Knappheit der Arbeitenden.

### Unsichere Zukunft der Arbeit

Wie wird denn nun die Zukunft der Arbeit wirklich aussehen? Sie ist jedenfalls unsicher, was sich auch durch das Aufkommen von dauernd neuen Szenarien zeigt. Das zeigte die Corona-Pandemie, mit der niemand so gerechnet hatte, und aktuell auch die derzeit um sich greifende massive Teuerung in allen Lebensbereichen. Immer wieder werden die Karten neu gemischt. Die einzige Konstante ist dabei, dass es keine Automatismen in Richtung besserer oder schlechterer Arbeitsbedingungen gibt, auf die man sich verlassen kann – letztlich sind diese ein Ergebnis von gesellschaftlichen Aushandlungsprozessen und von einer aktiven Gestaltung der Zukunft. Und es bleibt auch weiterhin dabei, dass die Arbeitenden, da sie auf das Arbeitsentgelt zur Bestreitung ihres Lebensunterhalts angewiesen sind, sich in einer strukturell schwächeren Position befinden. Und zwar auch dann, wenn sich die Arbeitsmarktsituation entspannen sollte. Damit blieben auch weiterhin Zusammenschlüsse der Arbeitenden, solidarisches kollektives Verhandeln und die gesetzlichen Regulierungen des Arbeitsverhältnisses relevant, wenngleich sie laufend an die geänderten Rahmenbedingungen angepasst werden müssen, um ihrer Funktion gerecht zu werden gute Arbeitsbedingungen zu gewährleisten.



Martin Gruber-Risak: „Es bleibt auch weiterhin dabei, dass die Arbeitenden,... sich in einer strukturell schwächeren Position befinden – und zwar auch dann, wenn sich die Arbeitsmarktsituation entspannen sollte.“

FOTO: MARTIN SOMMERFELD

# Fachkräfte braucht das Land

## Höhere Löhne, kürzere Arbeitszeit und Integration von Migrant:innen als Schlüssel

Dem Arbeitsmarkt gehen die Fachkräfte aus, aber an den grundlegenden Bedingungen für Arbeit ändert sich nichts: **WERNER ANZENBERGER**, Jurist, Historiker, Schriftsteller und Regionalpolitiker sowie Leiter der Bereiche Recht, Sozialpolitik und Außenstellen in der Arbeiterkammer Steiermark, kann nicht erkennen, dass der aktuelle Fachkräftemangel den Preis für Arbeit erhöht und notwendige Transformationsprozesse ankurbelt. Anzenberger fordert Arbeitszeitverkürzung, höhere Löhne und die Integration von Migrant:innen.

Es ist doch erstaunlich: Da fordern manche politischen Kräfte dieses Landes und ihre schärfsten Agitatoren geradezu gebetsmühlenhaft „dichte Grenzen“. Sorgen sich, in großem Pathos, um den Schutz unserer „Leitkultur“. Fürchten „Überfremdung“. Geht es aber um den viel diskutierten Fachkräftemangel, mutieren diese strammen Recken plötzlich zu weltoffenen Internationalisten. Und das hat einen guten Grund: Stehen Fachkräfte nicht in einem Ausmaß zur Verfügung, das unserem selbstdefinierten Wohlstandsstatus entspricht, ist Schluss mit lustig. Wer bringt uns das Schnitzel im Restaurant? Oder saugt den Dreck aus den verstopften Abwasserrohren? Oder bringt unser gesamtes Werkel wieder so in Gang, dass die längst fälligen Gewinne verbucht werden können?

### Gibt es Fachkräftemangel, gibt es Willkommenskultur

Gibt es Fachkräftemangel, gibt es Willkommenskultur. Gutmensch, hin oder her. Dann dürfen sie alle kommen, in unser Wohlstandsparadies. Nicht nur die aus dem Osten und Süden der Europäischen Union, an die wir uns ja irgendwie schon gewöhnt haben. Wenn sie keine Anständ' machen.

Fachkräftemangel ist Krise. In der Küche übernehmen die Bosnier und Kosovaren das Krisenmanagement, in der Pflege Brasilianerinnen und Inderinnen. Die Rede vom allmächtigen Markt, der alles regelt, hat in der Krise ausgedient. Wenn auf dem Arbeitsmarkt – selten genug, aber nun offen-



Werner Anzenberger: „Fachkräftemangel? Ja, gewiss. Der ist allerdings nicht nur in den Installationsbetrieben und den Wellness-Oasen zu beobachten. Sondern auch in manchen „Think Tanks“ und in der Politik.“ FOTO: VASIL DIMITROV/ISTOCK

bar aktuell – nicht genug Angebot an (fachlich qualifizierten) Arbeitskräften besteht, halten sich selbst eingefleischte Neoliberaler mit Gemeinplätzen wie „Die Nachfrage bestimmt den Preis“ nobel zurück.

Aber hätte man nicht auch anderes erwarten können? Zum Beispiel, dass das knappe Angebot an Arbeitskräften dazu führen werde, dass der Preis für Arbeit in die Höhe geht? Also die Entgelte, der Lohn und das Gehalt, ansteigen werden? Und Unternehmen die Bedingungen für jene Menschen, die am Markt nur ihre Arbeitskraft für die Bestreitung ihres

Unterhalts anzubieten haben, attraktiver gestalten werden?

### Bessere Arbeitsbedingungen: nicht in Sicht

Weit gefehlt! Der Mangel an qualifizierten - und auch sonstigen - Arbeitskräften führt nicht zu besseren Konditionen für die arbeitenden Menschen. Die Flexibilisierung der Arbeitszeit – will heißen: eine Flexibilisierung zu Gunsten der Arbeitnehmer:innen, ausnahmsweise und ohne Verlust der Überstundenzuschläge – bleibt ebenso aus wie eine hochwertige Kinderbetreuung unmittelbar am Arbeitsplatz. Berufsbegleitende Fortbildungspro-



gramme, vom Arbeitgeber organisiert und zumindest zum Gutteil bezahlt, sind noch immer die Ausnahme.

### Transformationsprozesse werden „verschlafen“

Und in welchem Unternehmen beschäftigt man sich ernsthaft mit Konzepten, die ein kreatives und selbstbestimmtes Gestalten am Arbeitsplatz ermöglichen? Gerade junge Menschen stellen bei ihrer Arbeitsplatzwahl mehr und mehr die Sinnfrage in den Vordergrund. Der nüchterne Befund: Die so notwendigen Transformationsprozesse werden verschlafen. Einzelne Länderstudien über die aktuellen sozialen und ökonomischen Verhältnisse der Arbeitnehmer:innen zeichnen ein Gesamtbild vom Zustand der Republik, das für die Behebung des Fachkräftemangels wenig Gutes erwarten lässt.

### Beispiel Hotellerie und Gastronomie

Nehmen wir nur die notorischen Sorgenkinder der Arbeitnehmer:inneninteressenvertretungen: In der Hotellerie und in der Gastronomie steigt die

Unzufriedenheit. Schon vor der aktuellen Verknappung der angebotenen Facharbeit fühlten sich die Beschäftigten in diesen Branchen einem zunehmenden psychischen und physischen Druck ausgesetzt. Die Arbeitszeiten sind und bleiben vielfach unattraktiv. Vor allem (alleinstehende) Eltern mit intensiven Betreuungspflichten schaffen – selbst in schlecht bezahlter Teilzeit – eine halbwegs akzeptable Balance zwischen Work und Life längst nicht mehr. Haben die Gesetzgeber der letzten Legislaturperioden diesem unbefriedigenden Zustand entgegengesteuert? Wohl nicht. Im Gegenteil: Die tägliche Ruhezeit wurde nicht etwa verlängert, wie dies an sich geboten wäre. Vielmehr wurde sie verkürzt. Von zwölf auf acht Stunden. Wer tut sich das – soweit ein bescheidenes Fortkommen ohne Arbeit unter solchen Bedingungen gesichert ist – noch an?

### Das Gebot der Stunde: Arbeitszeitverkürzung

Die Arbeitszeit ist der Schlüssel. Eine

– generelle – Arbeitszeitverkürzung ist längst fällig und dringend geboten. 1975 – also vor bald fünfzig Jahren! – fand die letzte gesetzliche Reduzierung statt. 40 Stunden, bei Vollarbeit. Die Produktivität seitdem hat sich nahezu verdoppelt. In früheren Jahren war bereits ein wesentlich mäßigerer Anstieg, in der Regel die Konsequenz des technischen Fortschritts, Grund genug, die Arbeitszeit – und zwar bei Lohnausgleich – zu vermindern. Sozialpartnerschaft und Politik haben dies klug verhandelt, um die Wirtschaft nicht zu überfordern.

Die generelle Arbeitszeitverkürzung, sagen viele Expert:innen, führt auch zu Egalität. Sie wäre ein guter Beitrag, die noch immer bestehenden, in keiner Weise zu rechtfertigenden Ungleichbehandlungen zwischen Mann und Frau im Erwerbsleben zu reduzieren. Vielleicht gar: zu eliminieren?

### Wer kann sich das nicht leisten?

Was hören wir stattdessen? Das können wir uns nicht leisten. Wer?, möchte man fragen. Wer kann sich das nicht leisten? Damit sind wir beim lieben Geld: 2020 lag das Medianeinkommen österreichweit bei € 2.435 brutto. Nicht gerade üppig. Wirft man einen Blick auf die Netto-Überweisung, verbleiben € 1.754. Ist das ein angemessener Anteil am Wohlstandskuchen, den sich eine Gesellschaft, so sagt man, gemeinsam erarbeitet? Da darf man schon zweifeln. Vor allem, wenn man die Auswirkungen der aktuellen Teuerungswelle bedenkt. Oder die sich ständig verbreiternde Schere zwischen Arm und Reich. Im Gastgewerbe und in der Hotellerie liegen die genannten Einkommenswerte überhaupt nur bei € 1.650 brutto. Das gibt € 1.339 netto. Wer mag davon leben? Dazu kommt, dass die Arbeitsrechtsverletzungen gerade in diesen Branchen weit über dem Durchschnitt liegen. Die rechtsschutzgewährenden Kammern haben diese traurige Wirklichkeit statistisch dokumentiert.



Werner Anzenberger: „Hätte man nicht auch anderes erwarten können? Zum Beispiel, dass das knappe Angebot an Arbeitskräften dazu führen werde, dass der Preis für Arbeit in die Höhe geht? Also die Entgelte, der Lohn und das Gehalt, ansteigen werden? Und Unternehmen die Bedingungen für jene Menschen, die am Markt nur ihre Arbeitskraft für die Bestreitung ihres Unterhalts anzubieten haben, attraktiver gestalten werden? Weit gefehlt!“

FOTO: PRIVAT

### Ignoranz gegenüber strukturellen Problemen

Freilich: Die Wirtschaft gibt es nicht. Zahlreiche Unternehmen sind durchaus bereit, wesentlich fairere Arbeits- und Entgeltmodelle für ihre Mitarbeiter:innen zu bieten. Es sind gerade jene Betriebe, die Arbeitsverfassung und demokratische Einbindung der Belegschaftsvertretungen ernst nehmen. Die Regel ist das nicht. Vielmehr drängt sich der Eindruck auf, dass die strukturellen Probleme, und nicht nur in den Problembranchen – unattraktive Tätigkeitsfelder, mangelnde Entwicklungsmöglichkeiten, unflexible Arbeitszeiten und inadäquate Bezahlung – vielfach ignoriert werden.

### Zielführender Ansatz: Integration von Migrant:innen

Stattdessen wünscht man sich einen „anderen Arbeitsmarkt“. Einen, den man bei Bedarf „territorial“ – also über die Grenzen der Europäischen Union hinaus – erweitert. Löst man damit strukturelle Probleme? Selten wird, die Erweiterung des Arbeitsmarktes „personell“ diskutiert. Wie wäre es denn, wenn wir jenen arbeitswilligen Migrant:innen, die hier Schutz suchen, aber offenbar nicht als schutzbedürftig genug erachtet werden eine Chance gäben?

Gerade den jungen Menschen unter ihnen könnten wir jene hervorragen

„ES DRÄNGT SICH DER EINDRUCK AUF, DASS STRUKTURELLE PROBLEME VIELFACH IGNORIERT WERDEN.“

Lehrausbildung anbieten, für die Österreich europaweit – ja weltweit – bewundert wird? Setzen wir mit einer solchen Integrationspolitik wirklich „falsche Signale“? Weil dann noch mehr Menschen kommen? Wir sollten endlich klar bekennen: Österreich ist ein Einwanderungsland.

### Verdrängung aus „teuren“ Beschäftigungsverhältnissen

Vielleicht aber werden wir in einigen Jahren das Thema Fachkräftemangel ganz anders diskutieren als heute. Europaweit findet eine Flucht aus dem Arbeitsrecht statt. Und damit auch aus den sozialen, das Dasein sichernden Netzen. Nicht die Verbesserung der Entgelt- und Arbeitsbedingungen der Menschen scheint das Ziel der europäischen Politiken zu sein. Sondern ihre Verdrängung aus „gewöhnlichen“, will heißen: „teuren“ Beschäftigungsverhältnissen.

Nahezu überall in der EU, vor allem aber in den Erweiterungsländern, nimmt die

prekäre Arbeit wie freie Dienstverträge und Werkverträge („Ein-Personen-Unternehmen“) zu. Das mag „billiger“ sein. Wird eine solche Entwicklung aber auch den Mangel an Fachkräften beheben? Und qualitativ hochwertige Arbeit sicherstellen?

### Die Entwertung der Arbeit könnte sich noch beschleunigen

Die Spirale der Entwertung der Arbeit könnte sich durchaus noch beschleunigen. Werden etwa geistige Dienstleistungen in Zukunft bevorzugt digital verhandelt, wird – am globalen Markt – der Preis der Arbeit weiter minimiert. Dann wird sich auch die Frage nicht mehr stellen, welche nationalen Schutzgesetze wir brauchen, um Zugang und Integration von Arbeitskräften zu regeln.

Fachkräftemangel? Ja, gewiss. Der ist allerdings nicht nur in den Installationsbetrieben und den Wellness-Oasen zu beobachten. Sondern auch in manchen „Think Tanks“ und in der Politik.

### IMPRESSUM

Medieninhaber:in (Verleger:in): Katholische Arbeitnehmer - Bildungs- und Hilfswerk Österreich, 1010 Wien, Spiegelgasse 3/2/6  
Herausgeber:in: Katholische Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich, Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien; 0664/6217198, kab.office@kaoe.at  
Geschäftsführung: Mag. Gabriele Kienesberger  
Chefredakteur:in: Mag. Elisabeth Ohnemus  
Redaktionsteam: Martin Hochegger, Mag. Gabriele Kienesberger, Mag. Anna Wall-Strasser  
Verwaltung/Anzeigen: Mag. Gabriele Kienesberger  
Layout: Karin Weiß, weisskarin@gmx.at  
Lektorat: Mag. Wilhelmine Deschberger, Dr. Sonja Meißl.  
Hersteller:in und Expedit: Druckerei Wograndl/Mattersburg, Verlagsort Mattersburg  
Bankverbindung: Schelhammer Capital, BIC: BSSWATWW IBAN: AT93 1919 0000 0012 0659



Werner Anzenberger zur Situation in Hotellerie und Gastronomie: „Schon vor der aktuellen Verknappung der angebotenen Facharbeit fühlten sich die Beschäftigten in diesen Branchen einem zunehmenden psychischen und physischen Druck ausgesetzt. Die Arbeitszeiten sind und bleiben vielfach unattraktiv. Vor allem (alleinstehende) Eltern mit intensiven Betreuungspflichten schaffen – selbst in schlecht bezahlter Teilzeit – eine halbwegs akzeptable Balance zwischen Work und Life längst nicht mehr.“ FOTO: DENIS STANKOVIC/ISTOCK



## KOMMENTAR

### ZUR PERSON

**Karl Immervoll** ist Theologe, Schuhmacher und Musiker, war Pastoralassistent für Betriebsseelsorge im oberen Waldviertel und unterrichtete an der Lehranstalt für Pastorale Berufe und beim Musikschulverband Heidenreichstein mit Schwerpunkt „Musizieren im Sozialen Raum“. Er leitet den Lehrgang HINGEHEN für Seelsorge und christliches Engagement in der Arbeitswelt und ist seit März 2021 Bundesseelsorger der KABÖ.

FOTO: ERHARD HOIS



## Arbeit – so nicht!

*Bert hatte sich das anders vorgestellt: Vier Tage arbeiten, die nächsten drei frei, manchmal sogar mehr, weil ja genug Stunden anfallen. Das Familienleben mit Barbara und ihren beiden kleinen Kindern war ihm wichtig. Aber dann war er immer wieder so müde, dass er zumindest einen Tag zur Erholung brauchte. Es war Montagearbeit beim Fertigteil-Hausbau. Jeder in der Partie fasste an, jeder wollte nach Hause kommen, bei der Familie sein. Je schneller sie ihr Werk taten, umso eher war dies der Fall. Außerdem winkte noch eine Prämie. Tempo macht sich eben bezahlt!*

*Und dann passierte, was sich niemand wünscht: Willi, der Partieführer, sein Arbeitskollege, Mitte 40, hatte einen Herzinfarkt, auf der Baustelle. Die Wochen danach waren für alle Kollegen schwer. In der Arbeit wurde Willi schnell ersetzt, aber Willi kommt nicht mehr in die Firma zurück, zu schwer hat es ihn erwischt. Bert kündigt, ohne zu wissen wohin. Was er aber sehr wohl weiß, diesen Preis will er nicht bezahlen.*

### Leben: Mehr als (nur) Arbeit

*Vor Jahren hatte ich mit Reinhard, er war in der Jugendgruppe, eine lange Debatte. Sein Betrieb führte die Vierer-Schicht ein, das heißt Arbeiten rund um die Uhr, auch an Sonn- und Feiertagen. Das brachte Zulagen und einen guten Verdienst. Für Reinhard war das super, er verzichtete dafür auch auf das Fußballspielen. Das Geld schlug alle meine Argumente gegen diese Arbeitszeit.*

*Als ich kürzlich die Betriebsratsobfrau besuchte, erzählte sie mir, dass es schwierig sei, diese Schichten zu besetzen. Die Jungen wollen nicht mehr! Sie fühlen sich auch nicht genügend beachtet, wollen nicht mehr einfach nur die Arbeitskraft sein, sondern Verantwortung statt Kontrolle, eben Augenhöhe – und sie wollen leben, das ist mehr als (nur) Arbeit.*

### Berufung, nicht Faulheit

*Trotzdem gelten für viele nach wie vor prekäre Arbeitsbedingungen, und die Betroffenen sind aus Existenzgründen weiterhin dazu gezwungen. Aber laut einer Erhebung der Arbeiterkammer will derzeit ein Viertel aller Beschäftigten die Arbeitsstelle wechseln. Sie fragen sich, ob sie weiterhin jahrelang so arbeiten wollen.*

*Die Pandemie hat diese Entwicklung noch verstärkt. Die Bewegung ist von den USA ausgegangen und gilt, wie eine Studie der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) bestätigt, auch für Europa. Millionen Menschen haben in den vergangenen Jahren ihre Jobs gekündigt. Sie haben keine Lust mehr für irgendeine Tätigkeit oder Nachtschicht ihre Kinder zu vernachlässigen. Auch fragen sich viele Menschen, ob es lohnt, täglich wertvolle Lebenszeit mit Pendeln zu vergeuden, um dann eine Tätigkeit zu erbringen, die nichts mit ihren Fähigkeiten zu tun hat. Das bedeutet keineswegs Faulheit, sondern hat etwas mit Berufung zu tun.*

### Die Arbeit ist für den Menschen da

*Wollen Betriebe die Jungen (und nicht nur sie) bekommen und halten, dann müssen sie umdenken. Der Mensch ist nicht für die Arbeit da, sondern die Arbeit für den Menschen (Enzyklika Laborem exercens).*

*Wechseln wir daher einmal die Sichtweise und stellen uns die Szene einer Bewerbung vor, in der eine junge Frau beim Vorstellungsgespräch nach den Bedingungen und Vorzügen eines möglichen Arbeitsplatzes fragt, um am Ende des Gespräches festzustellen: „Ihre Firma kommt in meine nähere Auswahl. Sie hören von mir.“*

## KABÖ präsentiert „Gesprächs-Würfel“: Spielerische Einstiegshilfe in Debatten um Arbeit und Soziales

„Reden wir mal über's Grundeinkommen!“ – „Reden wir mal über's Arbeitslosengeld!“ – „Reden wir mal über Reichtum und Armut“ – „Reden wir mal über Care-Arbeit!“ – „Reden wir mal über Gute Arbeit“: einen spielerischen Gesprächseinstieg in der Arbeit von Gruppen und Runden der Katholischen Arbeitnehmer:innen-Bewegung ermöglicht der „Gesprächs-Würfel“, den die KABÖ entwickelt hat. Zu den einzelnen Bereichen der Themenschwerpunkte „Arbeit“ und „Soziales“ bietet der Würfel jeweils eine Reihe von Fragen und Teilaspekten, um die sich Debatten entspinnen können, über QR-Codes gibt es Zugang zu Hintergrundinformationen und Argumenten zu den jeweiligen Inhalten.

Der Würfel ist aus Karton und kann selbst zusammengebaut werden. Er ist kostenlos erhältlich. Bestellung per email unter:

[kab.office@kaoe.at](mailto:kab.office@kaoe.at)



## Arbeit und soziale Fairness

Ein Dossier der Katholischen Aktion Österreich für den Synodalen Prozess. [www.kaoe.at](http://www.kaoe.at)

### Dossier „Arbeit und soziale Fairness“

Im Rahmen des Synodalen Prozesses hat die Katholische Aktion Österreichs eine Reihe von Dossiers erarbeitet, die zu grundlegenden Fragen der Zeit bzw. des Synodalen Prozesses Positionen präsentieren.

In Zusammenarbeit mit der Katholischen Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreich entstand das KAÖ-Dossier „Arbeit und soziale Fairness“. Ein Auszug aus dem Dossier:

„Arbeit ist aktiver Ausdruck menschlicher Schaffenskraft, sie sorgt für das tägliche Brot und dient dem Gemeinwohl. Deshalb können wir es nicht hinnehmen, dass die neoliberale Wirtschaft Arbeit auf einen Kostenfaktor reduziert und die Ärmsten – bei uns oder anderswo auf der Welt – systematisch ausbeutet und benachteiligt. Die aktuellen Krisen zeigen uns: die unteren Einkommensgruppen sind am stärksten betroffen, die Schere zwischen Arm und Reich geht immer weiter auf. Wir treten ein für ein Grundrecht auf eine solide Existenzgrundlage in allen Lebensphasen, sei es auf Grundlage von fairen Löhnen, höherem Arbeitslosengeld oder auch einem allgemeinen Grundeinkommen.“

Weitere Dossiers widmen sich den Themen „Geschlechtergerechtigkeit“, „Der Weg zum Frieden“, „Ökologische Umkehr und Mitweltgerechtigkeit“, „Beteiligung und Mitverantwortung“. Die Dossiers können unter dem Link <https://www.kaoe.at/dossiers#formular> heruntergeladen bzw. als Broschüre angefordert werden.



# Zeit zum Begreifen

## Über Geld, Zeit und Wohlstand<sup>1</sup>

Die Formel „Zeit ist Geld“ hat uns gewaltig in die Irre geführt. Wir müssen in Zukunft hinter dem Lärm des Geldes die „Symphonie des Lebens“ wieder hörbar machen. Nötig ist ein weiter Blick auf Ökonomie, Ökologie und Politik als Ganzes. Dabei geht es nicht um die generelle Abschaffung des Geldes, sondern darum, den Umgang mit Geld so auszurichten, dass seine Vorteile genauso wie seine Gefahren anerkannt werden. Das Geld muss auf seine Funktion als Mittel zurückgestuft, das „gute Leben“ für alle und immer als Zweck des Wirtschaftens anerkannt werden. „Zeit ist Leben“: Ein Plädoyer von FRITZ REHEIS, Soziologe und Erziehungswissenschaftler, emeritierter Hochschullehrer für Politische Bildung an der Universität Bamberg, Gründungs- und Vorstandsmitglied der Deutschen Gesellschaft für Zeitpolitik, Autor zahlreicher Bücher zu Ökologie der Zeit, Politische und Sozialökonomik, Politische Bildung, Ideologiekritik und Anthropologie.

Wenn Zeit nicht Geld, sondern Leben ist, läge es eigentlich nahe, die Zeit selbst als alternativen Maßstab unserer wirtschaftlichen Aktivitäten zu verwenden. Der Zeitmaßstab könnte mit einer Zeitpolitik verbunden werden, die die zeitlichen Rahmenbedingungen unseres Lebens gestaltet. Übergeordnetes Ziel einer solchen Zeitpolitik müsste die Setzung und Durchsetzung von Grenzen sein: Obergrenzen für die Beanspruchung der natürlichen Lebensgrundlagen, für die Zumutung gegenüber Mitmenschen und die Verletzung der Würde des Einzelnen.

Eine solche dreifache zeitpolitische Grenzziehung zielt darauf, den Menschen die Macht über ihr Leben, die ihnen die Zwangslogik des als Kapital fungierenden Geldes genommen hat, wieder zurückzugeben. Nicht das Kalkül von Finanzinvestoren, sondern das kompetente Wissen über Permakultur (über das Bauern meist selbst verfügen) ist dann die Grundlage für die zeitliche Dimensionierung der Versorgung von Boden und Pflanzen mit Wasser und anderen Nährstoffen. Nicht das Kalkül von Finanzinvestoren, sondern die kommunikativen und kooperativen Kompetenzen (über die sich austauschende und zusammenarbeitende Menschen meist selbst verfügen) ist dann die Grundlage für die zeitliche Gestaltung zwischenmenschlicher Verständigung und der Her-



Fritz Reheis: „Das ‚gute Leben‘ könnte in Zukunft eher durch ein Maximum an Zeit als an Geld und Gütern geprägt sein, sowohl in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht. Zeitwohlstand ist jene Zeit, über die man selbst verfügt.“ FOTO: PIXABAY

stellung kollektiver Leistungen aller Art. Und nicht das Kalkül von Finanzinvestoren, sondern das kompetente Bewusstsein über die Bedürfnisse von Körper, Seele und Geist (das meist im Menschen selbst schlummert und wachgerufen werden kann) ist dann

die Grundlage für Entscheidungen darüber, wieviel Zeit eine Gesellschaft etwa für die Entfaltung der Persönlichkeit des Menschen, die Heilung von Krankheiten oder die Prävention von Gefahren einräumen will. So beseht Zeitpolitik auf die umfassende

Demokratisierung unseres Lebens und Wirtschaftens.

## Neue Fragen um das „gute Leben“ im Fokus

Würde die Geldrechnung durch die Zeitrechnung ersetzt oder zumindest ergänzt, rückten ganz andere Fragen rund um das „gute Leben“ ins Zentrum. Wieviel Zeit habe ich eigentlich für das, was mir wirklich wichtig ist? Wieviel Zeit verwenden wir als Gesellschaft eigentlich auf die Sorge für Menschen, die noch nicht oder nicht mehr für sich selbst sorgen können? Wieviel Zeit stellt die Menschheit eigentlich für die Regelung und Prävention globaler Konflikte bereit? Endlich würde die Frage gestellt werden müssen, wofür der Mensch den gigantisch gestiegenen und – wenn er umsichtig ist und Glück hat – weiter steigenden Fortschritt der Produktivität in Zukunft verwenden will: für weitere technische Innovationen, für die soziale Umverteilung, für die Entfaltung der Potenziale des Menschen – kurz die grundsätzliche Ausrichtung unseres Fortschreitens.

## Zeitwohlstand

Das „gute Leben“ könnte in Zukunft eher durch ein Maximum an Zeit als an Geld und Gütern geprägt sein, sowohl in quantitativer wie in qualitativer Hinsicht. Zeitwohlstand ist jene Zeit, über die man selbst verfügt. In dieser Zeit bestimmt man selbst die Zwecke und Mittel des Handelns, ist man tatsächlich Souverän seines Lebens. Diese Zeit wäre keine Zwangspause, sondern müsste im Voraus planbar sein. Sie müsste zweitens ermöglichen, alle inneren (etwa die innere Uhr) und äußeren (etwa die Rhythmen des sozialen Lebens) Gegebenheiten zu synchronisieren. Und diese Zeit gäbe drittens die Gelegenheit, das Leben ganz nach dem eigenen Tempo zu führen (mit sich selbst im Reinen zu sein). Zeitwohlstand wäre eine zugleich attraktive und realistische Alternative zum bisher herrschenden Ideal des Geld-

und Güterwohlstands. Wenn seit einigen Jahren in Tarifverträgen die Möglichkeit geschaffen wird, den Produktivitätsfortschritt entweder in Geld oder in Zeit ausbezahlt zu bekommen und Politiker von einer Vier-Tage-Woche (Drei-Tage-Wochenende) schwärmen, zeigt sich offenbar ein starkes Bedürfnis nach Wiederaneignung der „enteigneten Zeit“ (Oskar Negt). Der Berliner Wirtschaftswissenschaftler Gerrit von Jorck hat im Rahmen eines Forschungsprojekts an der TU Berlin einen „Zeitwohlstandsrechner“ entwickelt, der in Analogie zu den bekannten Klimarechnern für mehr Zeittransparenz sorgen könnte.<sup>2</sup>

## Arbeitszeitverkürzung: Neues Verhältnis von Arbeitszeit und Freizeit

Es gibt viele Hinweise darauf, dass ein kluger Umgang mit Zeit das Verhältnis von Arbeitszeit und Freizeit verschieben könnte. Neben dem technischen Fortschritt, der nach Berechnungen des Ökonomen John Maynard Keynes von 1930 innerhalb eines Jahrhunderts eine Reduzierung der Arbeitszeit auf 15 Stunden pro Woche ermöglichen könnte<sup>3</sup>, lassen sich weitere Quellen der Arbeitszeitverkürzung entdecken: der Wegfall von Arbeiten, die allein dem künstlichen Produktverschleiß, der systematischen Stimulierung von Bedürfnissen, der Ermöglichung von nicht-nachhaltigem Luxuskonsum gelten. Vorausgesetzt, die verbleibende gesellschaftliche Arbeitszeit würde einigermaßen gleichmäßig verteilt, könnten viele Menschen durch eine solche Bereinigung der Arbeitswelt gleichermaßen von aufgezwungener Faulheit (unfreiwillige Arbeitslosigkeit) und aufgezwungenem Fleiß (unfreiwillige Überstunden und Karrierezwänge) befreit werden, die derzeit für so viel Verzicht an Wohlbefinden verantwortlich sind.

## Es geht ums Überleben

Für die Neufassung unseres Wohlstandsverständnisses spricht ne-



Fritz Reheis: Identifiziert eine Vielzahl von Quellen für eine Arbeitszeitverkürzung im Rahmen einer neuen Bewertung von Zeit als alternativen Maßstab für die wirtschaftlichen Aktivitäten des Menschen. FOTO: PRIVAT

ben den planetaren Grenzen und der Sehnsucht nach einem selbstbestimmten Leben mit einer sinnstiftenden und zeitlich begrenzten Arbeit noch ein weiterer Grund. Er hängt mit dem Wesen des Menschen zusammen, genauer mit dem evolutionär einzigartigen Zyklus von Eingreifen und Begreifen<sup>4</sup>: Je weiter das Eingreifen der Spezies Mensch in die Zukunft reicht und je schneller diese Eingriffe aufeinander folgen, desto mehr wird das Begreifen dessen, was das Eingreifen anrichtet, zu einer Überlebensfrage. Klug wäre es deshalb, das gigantische Quantum an freier Zeit, das der technische Fortschritt ermöglicht, in Zukunft mehr für die Entfaltung der menschlichen Potenziale zu nutzen.

<sup>1</sup> Auszüge aus „Erhalten und Erneuern. Nur Kreisläufe sind nachhaltig, Durchläufe nicht, Hamburg 2022, S. 130-138.

<sup>2</sup> <https://www.rezeitkon.de/wordpress/de/zeitwohlstandsrechner/> (15.07.2022).

<sup>3</sup> „Economic Possibilities for Our Grandchildren“, Zitiert nach Flecker Jörg, / Altreiter Carina, Warum Arbeitszeitverkürzung sinnvoll ist, in: WISO 3/2024, S. 16-28.

<sup>4</sup> Deshalb konnte nur der Mensch seine biologische Evolution durch eine kulturelle fortsetzen, er wurde gewissermaßen zum permanenten Revolutionär seines Verhaltens und seiner Verhältnisse.



## KOMMENTAR

### ZUR PERSON

**Andreas Exner** hat Ökologie und Politikwissenschaften studiert und ist derzeit operativer Leiter des Regional Centre of Expertise (RCE) Graz-Styria, Zentrum für nachhaltige Gesellschaftstransformation der Universität Graz.

FOTO: PRIVAT



## Es braucht einen anderen Arbeitsbegriff

*Die Arbeit lockt heute kaum jemanden hinter dem Ofen hervor. Lang vorbei sind die Zeiten einer stolzen „Arbeiterbewegung“ – wie sie meist unter Vernachlässigung der Frauen bezeichnet worden ist. Die Arbeit ist kein Horizont von Befreiung mehr. Was sagt das über das Streben nach einem besseren Leben aus? Was bedeutet es für die Art und Weise, wie wir Arbeit organisieren und verstehen?*

*Zum einen sagt der Verlust einer „Arbeitsperspektive“, dass ein wesentliches Feld sozialer Aktivitäten nicht mehr Gegenstand zentraler politischer Hoffnungen ist. Auf die Arbeit richtet sich, so scheint es, kein positiver Wunsch nach kollektiven Verbesserungen mehr. Und tatsächlich ist zu bemerken, dass der Arbeit andere Themen den Rang abgelaufen haben: die Migration und der Klimawandel. „Dabei wird selten reflektiert, dass Menschen auf der Flucht unter anderem versuchen, erdrückenden Arbeitsverhältnissen zu entkommen.“ Und der Klimawandel wird offenkundig durch die Produktion von zu vielen Autos, Haushaltsgeräten und anderem beschleunigt. Zum anderen schwindet mit der „Arbeitsperspektive“ auch die Vertretungsmacht der Gewerkschaften. Sie können Arbeitsverhältnisse nur dann mitgestalten, wenn vielen Menschen diese Verhältnisse wichtig sind.*

### **Arbeit: kein „heißes politisches Thema“**

*Doch wie ist es überhaupt dazu gekommen, dass Arbeit heute nicht als heißes politisches Thema gilt, sondern als Langweiler für Interessensvertretungen? Ursprünglich wurde Arbeit von den sozialen Bewegungen nach 1968 kritisiert. Man sprach von einer regelrechten Flucht aus der Arbeit. Neoliberale Reformen haben diese Absetzbewegung unterbunden. Was blieb, ist das schlechte Image der Arbeit – insbesondere in politischen Zusammenhängen. Die 1968er wollten das gute Leben hier und jetzt und nicht langfristig dafür arbeiten müssen.*

*Das war 1968 auch richtig: sozial gesehen, weil es schon genug Güter gab, und auch ökologisch, da es von einigen davon bereits zu viel gab. Gleichmaßen stimmt, dass das gute Leben nicht vertagt werden kann. Es beginnt heute und jetzt, wenn überhaupt. Doch darf das nicht bedeuten, sich nicht mit der Frage zu beschäftigen, wie eben im Hier und Jetzt die Arbeitsverhältnisse verbessert werden können.*

### **Sinnvolles Tun, demokratisches Wirtschaften**

*Dazu bedarf es freilich eines anderen Arbeitsbegriffs als am Arbeitsmarkt. Arbeit muss als sinnvolles Tun verstanden werden, nicht als mechanische Erwerbsarbeit, als demokratisches Wirtschaften, nicht als Funktionieren in Befehlshierarchien, als Spielraum für Selbstentfaltung, nicht als Alltagsrott mit dem Ziel des bloßen Überlebens.*

*Eine solche Auffassung von Arbeit würde einer ganz anderen Form des Wirtschaftens entsprechen: einer Arbeit in Genossenschaften im Sinn von Organisationen, die von ihren Mitgliedern auf Augenhöhe gesteuert werden. In solchen Unternehmen sind, das haben Studien in Frankreich gezeigt, die Arbeitsverhältnisse im Schnitt deutlich besser als in konventionellen Unternehmen, der öffentlichen Verwaltung oder Vereinen. Und das ist auch nicht weiter verwunderlich: Wenn Menschen in der Arbeit von ihren Bedürfnissen ausgehen, macht Wirtschaften von Haus aus Sinn. Wo Menschen freiwillig zusammenarbeiten, gibt es kein Mobbing, und niemand kommandiert andere herum.*

### **Zukunftsmodell „Social Economy“**

*Das klingt vielleicht nach einer Utopie, ist aber gelebte Realität in tausenden Unternehmen der EU. Sie werden inzwischen als „Social Economy“ bezeichnet. Doch von diesen ersten Ansätzen menschenwürdiger Arbeit bis zu einer vollgültigen Sozialistischen Ökonomie ist es noch ein weiter Weg.*

## Gehalt statt Taschengeld

### Ein Gebot der Stunde angesichts des gegenwärtigen Arbeitskräftemangels

In Zeiten des Arbeitskräftemangels ist es umso mehr ein Armutszeugnis, dass Österreich – als einziges europäisches Land - Menschen mit Behinderung die Aufnahme in den regulären Arbeitsmarkt immer noch verwehrt: **FRANZ WOLFMAYR**, Mitarbeiter des „Zentrum für Sozialwirtschaft“, langjähriger Präsident von EASPD, dem größten Europäischen Dachverband von Sozialen Dienstleistungsorganisationen für Menschen mit Behinderungen, sowie von nationalen Dachverbänden der Sozialwirtschaft, fordert unter dem Stichwort „Gehalt statt Taschengeld“ die Schaffung rechtlicher Voraussetzungen für eine Integration, die als Zielvorgabe im Regierungsprogramm bereits niedergelegt ist.

**F**ünfzig Euro im Monat für 38 Stunden Arbeit pro Woche?

Ich bin doch nicht verrückt, würden Sie sagen, wenn Ihnen jemand so einen Job anböte. Mehr als 30.000 Menschen bleibt in Österreich nichts anderes übrig, als eine derartige Beschäftigung anzunehmen. Die sind nicht verrückt. Die meisten von ihnen leben seit ihrer Geburt mit einer Behinderung.

Sie kennen sicher auch Menschen wie Herbert oder Elisabeth. Herbert lebt mit Down Syndrom und Elisabeth ist nach einem Sauerstoffmangel während der Geburt an Armen und Beinen gelähmt und nutzt einen Rollstuhl. Beide wollen arbeiten und selbst Geld verdienen, mit dem sie ihren Lebensunterhalt bestreiten können. Sie dürfen das in Österreich nicht. Ihnen bleibt die tägliche Fahrt mit einem Behindertenbus in ihre Tageswerkstätte. Gemeinsam mit 12 weiteren Kolleginnen und Kollegen erledigen sie dort einfache Auftragsarbeiten. Weil ihre Leistungsfähigkeit geringer als 50% der einer nicht behinderten Arbeitskraft ist, sind sie als „arbeitsunfähig“ nicht versicherbar. Auch das Arbeitsrecht gilt nicht. Ihnen bleibt diese Werkstatt, damit sie wenigstens unter Menschen kommen und irgendetwas tun können.

Was ursprünglich zu ihrem Schutz gedacht war, stellt heute eine unüberwindbare gesellschaftliche Barriere dar. Teilhabe am Leben wird damit unmöglich. Österreich ist das einzige Land in Europa, das ihnen Arbeiten nicht erlaubt - auch wenn sie das möchten.

### **Endlich die rechtlichen Voraussetzungen schaffen**

Dass sie das möchten, zeigen viele Initiativen in ganz Österreich. Unter dem Schlagwort „Gehalt statt Taschengeld“ wird von Behindertenorganisationen seit Langem gefordert, dass die Bundesregierung endlich die rechtlichen Voraussetzungen schafft. Es steht sogar im Regierungsprogramm. Doch bis auf Studien, die von der Bundesregierung nicht einmal veröffentlicht wurden, ist nichts geschehen.

### **Wie es gehen kann und geht**

Dass es anders geht, zeigen viele Länder weltweit. Dass Arbeiten die Möglichkeit schafft, selbstbewusst an der Gesellschaft teilzuhaben, kann ich immer wieder auf Studienreisen erleben. Menschen wie Herbert und Elisabeth könnten z.B. in Irland oder Norwegen in einem Unternehmen arbeiten und ihre Fähigkeit und Kompetenzen zum Wohle des Unternehmens einbringen. Ihr Unternehmen würde dafür einen Lohnkostenzuschuss bekommen, der die geringere Leistungsfähigkeit ausgleicht. Sie selbst bekämen die notwendige Unterstützung, damit sie arbeiten können.

Das geht auch in Österreich. Wir haben die Leistungen unter dem Label „NEBA“ – Netzwerk berufliche Integration – in ganz Österreich verfügbar. Aber nicht für Herbert und Elisabeth. Sie bekommen weder einen Lohnkostenzuschuss noch eine entsprechende Unterstützungsleistung, weil sie ja (siehe oben) nicht arbeitsfähig sind.

Franz Wolfmayr: „Ich halte es für ein Armutszeugnis, dass Österreich bis heute noch keine Strategie vorgelegt hat, wie es die gesetzlichen Barrieren beseitigen will.“ FOTO: PRIVAT



Ich halte es für ein Armutszeugnis, dass Österreich bis heute noch keine Strategie vorgelegt hat, wie es die gesetzlichen Barrieren beseitigen will und den Menschen, die arbeiten wollen, das ermöglicht. Insbesondere in Zeiten von Arbeitskräftemangel ist es eine gesellschaftspolitische Notwendigkeit.



Franz Wolfmayr: „Österreich ist das einzige Land in Europa, das Menschen mit Behinderung Arbeiten nicht erlaubt - auch wenn sie das möchten.“ FOTO: PIXABAY



# Wege zur sozialen Teilhabe

## Nachlese zu einem „offenen Diskurs zur sozialen Frage in Österreich“

Am 23. Juni 2022 luden Katholische Arbeitnehmer:innen Bewegung Österreichs, das Netzwerk Grundeinkommen, die Paris-Lodron-Universität Salzburg und die Universität Wien in Kooperation mit der Arbeiterkammer Niederösterreich nach St. Pölten zum Symposium „Wege zur sozialen Teilhabe. Erfahrungen von Jobgarantie bis Grundeinkommen“ ein. **KARL IMMERVOLL**, Bundesseelsorger der KABÖ und einer der Initiatoren des Symposiums, zeichnet die Debatte nach und skizziert Handlungsperspektiven.

**M**anchmal spielt der Zufall eine Rolle. In der Bibel heißt er Kairos (Καῖρός), der ganz besondere Augenblick: Es war März 2020. Corona war schon da, und die Armutskonferenz durfte gerade noch

vereinbaren wir einen Erfahrungsaustausch, denn wir sahen einige gemeinsame Aspekte.

Zum ersten Treffen in Wien kamen auch Jörg Fleckers Mitarbeiterin Hannah Quinz und Margit Appel vom Grundein-

anderen kirchlichen Bereichen, Leuten aus der Praxis, aus Sozialökonomischen Betrieben und aus Initiativen für Erwerbsarbeitslose, der Caritas, aus Sozialbereichen, dem Niederösterreichischen Armutsnetzwerk, dem Arbeits-



Am Podium: Franz Wolfmayr (Zentrum für Sozialwirtschaft Graz), Sven Hergovich (AMS NÖ), Trude Hausegger (prospect GmbH) und Barbara Prainsack (Uni Wien) **FOTO: PHILIPP KUHLMANN**

stattfinden. Am Podium einer Arbeitsgruppe saß ich neben Jörg Flecker von der Universität Wien. Er sprach von der geplanten Arbeitsmarktmaßnahme der „Beschäftigungsgarantie“ in Marienthal, die er als Soziologe begleiten soll, ich von unserem Grundeinkommensexperiment „Sinnvoll Tätig Sein“ in Heidenreichstein. Am Ende der Diskussion

kommensnetzwerk, später gesellte sich noch Nikolaus Dimmel von der Universität Salzburg dazu. Das war die Vorbereitungsgruppe, aber der Kreis wurde immer größer: eine bunte Gruppe von Frauen und Männern aus verschiedenen Wissenschaften, den Gewerkschaften und der Arbeiterkammer, der Arbeitnehmer:innen Bewegung und

losenfond der Diözese St. Pölten sowie der Arbeitslosenstiftung der Diözese Linz, ... und – für uns ganz wichtig – Betroffene. Innerhalb kürzester Zeit waren es 100 Leute. Es ging uns darum, die Positionen von anderen zu verstehen. Wir wollten auch nach Gemeinsamkeiten suchen, weil die Lösung der sozialen und politischen Teilhabe nicht



Positionen, Anregungen und Fragestellungen von Expert:innen aus Publikum und Podium werden von einer Arbeitsgruppe über das Symposium hinaus weiter verfolgt und u.a. an Politiker:innen herangetragen. **FOTO: PHILIPP KUHLMANN**

an einer einzigen Maßnahme liegen wird, sondern es ein ganzes Bündel braucht. Die Arbeiterkammer Niederösterreich stellte sich als Gastgeberin zur Verfügung.

### Offener Diskurs zur sozialen Frage in Österreich

Wir führen einen offenen Diskurs zur sozialen Frage in Österreich. Verschiedene Gesellschafts-, Arbeitsmarkt- und Sozialpolitikmodelle, die jeweils den Anspruch verfolgen, das menschliche Zusammenleben gerechter zu gestalten, dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden. Was wir vielmehr brauchen, ist ein wechselseitiger Lernprozess. Im Grunde genommen sehen sich Menschen mit jeweils unterschiedlichen sozialen Problemen (weil sie als krank, behindert, unqualifiziert, zu alt ... bezeichnet werden) mit derselben Herausforderung konfrontiert: nämlich damit, für ihre Leistung anerkannt zu werden, ein gutes Auskommen zu haben und im Weiteren ein Leben in gesellschaftlicher Teilhabe führen zu können.

### Arbeit als Schlüssel für die soziale Frage

In der Enzyklika *Laborem exercens*

(1981) von Johannes Paul II. wird Arbeit daher als der Schlüssel für die soziale Frage bezeichnet. Die Kernfrage in Begegnungen zwischen Menschen in unserer Gesellschaft lautet: „Was arbeitest Du?“ Gemeint ist damit in der Regel ein bezahlter Arbeitsplatz. Wenn die Antwort positiv ausfällt, folgt umgehend die Frage, unter welchen Bedingungen gearbeitet wird und in welcher Einkommenshöhe. Nicht gesprochen wird darüber, dass gesellschaftliche Teilhabe durch Erwerbsarbeit keineswegs sichergestellt ist. Die hohe Zahl von Niedriglöhner:innen und „Working Poor“ macht dies deutlich. Erwerbsarbeit kann also ein- oder ausschließen, förderlich oder stigmatisierend sein. Arbeitslosigkeit bedeutet in der Regel zu wenig soziale Kontakte und zu wenig Geld zu haben, um beim gesellschaftlichen Reichtum dabei zu sein, aber sehr wohl Risiken der Armut- und Ausgrenzunggefährdung tragen zu müssen.

### Lernprozesse vonnöten

Arbeitswelt und Arbeitsgesellschaft müssen also Lernprozesse organisieren. Einer dieser Lernprozesse ist, Arbeitsbedingungen anzubieten, welche

zum einen mit den Reproduktionserfordernissen, Fähigkeiten und Ressourcen von Menschen vereinbar sind, zum anderen Anreizstrukturen zu schaffen, welche Teilhabe am gesellschaftlichen Reichtum ermöglichen.

Zu diesen Bedingungen gehört auch, Transferleistungen mit Löhnen/Gehältern zu kombinieren, um Arbeit zu schaffen oder Personen in Beschäftigung zu halten. Die Regierung hat das in den letzten Jahren am Beispiel der Kurzarbeit mit Erfolg praktiziert. Aber auch die Frage eines Grundeinkommens, das Menschen von (Existenz-)Druck befreien kann, steht zur Diskussion.

### Die Arbeit geht weiter

Deshalb arbeitet eine Gruppe weiter an Fragen und Anregungen des Symposiums. Dabei sind wir uns bewusst: wir müssen auch an Politiker:innen herantreten:

- Da gibt es ein Plädoyer für kulturelle Vielfalt und eine Förderung von Regionalentwicklung, sowie geschlossener Wirtschaftskreisläufe.
- Alle Menschen arbeiten, aber nicht alle bekommen dafür Geld. Jeder Mensch hat Würde und braucht dafür ein Auskommen!
- Nicht alles darf dem Markt unterworfen werden, sondern gewisse Bereiche gehören geschützt.
- Es gilt für Verteilungsgerechtigkeit und Menschenrechte statt Almosen einzutreten.
- Wir nehmen die Sorge der Jugend wahr, die verunsichert in die Zukunft schaut.
- Schließlich fragen wir uns noch: Wohin mit dem Zorn und den entstehenden Aggressionen? Wie kann Zorn in positive Energie für Veränderungen umgewandelt werden?



# Ein gutes Leben für alle, aber wie?

## Eine Debatte über Maßnahmen und Instrumente

Viele Menschen sprechen von einer elementaren Zeitenwende. Sie beschreiben damit eine Welt, die von multiplen Krisen gezeichnet ist: Klimakrise, Hungerkrise, Pandemie, Kriege, Flüchtlingsströme, Wirtschaftskrise, Energiekrise sowie Wohlstandsverlust und bedrohliche Verarmungsdynamiken. Immer mehr Menschen leiden unter diesen Umständen, und es wird ein Gefühl verstärkt, welches die menschliche Existenz massiv anleitet und bestimmt: das Gefühl der Angst. Es stellt sich daher die Frage, mit welchen Maßnahmen und Instrumenten die Politik den Menschen in Österreich ein gutes Leben ermöglichen kann. Dieser Frage ist die KAB Steiermark, zusammen mit dem diözesanen Fonds für Arbeit und Bildung, bei einer Veranstaltung im Franziskanerkloster in Graz nachgegangen. Namhafte Expert:innen waren zu einem Austausch über die Themenstellungen der allgemeinen Existenzsicherung und den Auswirkungen der möglichen Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens geladen. Ein Bericht von **MARTIN HOCHEGGER**.

**M**artin Hochegger, Vorsitzender der KAB Steiermark und Moderator des Abends, wies in seiner Einführung darauf hin, dass ein Volksbegehren zur Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens im heurigen Mai von über 160000 Menschen unterschrieben worden ist. Zuletzt sei das Volksbegehren im Nationalrat behandelt worden. Allerdings hätten alle Parteien die Einführung abgelehnt und unterschiedliche Gründe dafür angeführt.

Das Bedingungslose Grundeinkommen war ja zuletzt auch von Papst Franziskus angestoßen worden. Die Einführung eines solchen wurde in Österreich seit den 80er Jahren des letzten Jahrhunderts in katholischen Kreisen rund um die Katholische Sozialakademie Österreichs (ksoe) immer wieder thematisiert. Darauf hat Anna Wall-Strasser als Vorsitzende der KAB Österreich in ihrem Eingangsstatement hingewiesen. Jeder Mensch, der in Österreich lebt, hätte ein Recht auf eine bedingungslos bedarfsorientierte Unterstützung, so Wall-Strasser. Dies wäre auch eine Maßnahme um alle Erwachsenen aus bestimmten Zwängen im Arbeitsleben zu befreien und Lust auf sinnstiftende Arbeit zu machen.

**Grundeinkommen: gegen Kinderarmut, für Gleichberechtigung**  
Melina Klaus, vom Netzwerk Grundein-



Auf der Suche nach „Maßnahmen und Instrumenten“, die dem wachsenden Gefühl der Angst in der Bevölkerung entgegenwirken und ein „gutes Leben für alle“ ermöglichen können: Podiumsdiskussion der KAB Steiermark **FOTO: JOHANNES LABNER**

kommen sieht im Grundeinkommen einen wesentlichen Schritt zur Gleichstellung von Männern und Frauen. Ziel sei es, Menschen aus diversen Zwängen und Abhängigkeiten zu befreien und gleichzeitig Sicherheit zu geben und es sei vor allem eine Frage des Menschenbildes. Ein Bedingungsloses Grundeinkommen könnte auch effektiv der sich ausbreitenden Kinderarmut entgegen wirken.

### Ist ein Grundeinkommen finanzierbar?

Die Notwendigkeit zu verstärkten Maßnahmen gegen die Kinderarmut teilten auch die nachfolgenden Experten wie Werner Anzenberger von der Arbeiterkammer Steiermark und Nikolaus Dim-

mel, Sozialrechtsexperte an der UNI Salzburg. Anzenberger zweifelte in seiner Wortmeldung die Finanzierbarkeit eines Grundeinkommens an. Die Arbeiterkammer hätte errechnet, dass allein die Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens mehr als 200 Milliarden Euro pro Jahr kosten würde und die Kosten für freien Schulzugang, Mietunterstützung und viele andere derzeitige Sozialleistungen wären dabei noch gar nicht abgedeckt. Es würde damit ein Sozialabbau und keine Verbesserung erreicht werden.

Auf die Unfinanzierbarkeit wies auch Eric Kirschner, Ökonom und Studienautor von Joanneum Research, hin.

Fortsetzung auf Seite 19...

# Erfahrungen aus der „Lebens- & Berufsnavigation“

## Offene Gesprächskultur und Vertrauen bilden das Fundament der Workshops

**E**in bewährtes Angebot der Katholischen Arbeitnehmer:innen Bewegung sind österreichweit Workshops zur „Lebens- und Berufsnavigation“, die Menschen bei der Suche danach, was sie beruflich wie auch generell in ihrem Leben „wirklich, wirklich“ tun wollen, unterstützt und begleitet. Im Folgenden ein Puzzle aus Erfahrungsberichten von Teilnehmer:innen an Workshops der KAB Wien.



Katja Vlcek, Psychotherapeutin und Leiterin der „Lebens- und Berufsnavigation“, zur Arbeitsweise: „Die Workshop-Einheiten basieren meist auf Selbsterfahrung. Einzelarbeit, Gespräche zu zweit und Übungen in der Gruppe wechseln sich ab.“ **FOTO: KAB WIEN**

„Es gab der Gruppe eine angenehme Dynamik, dass sich alle in einem anderen Lebensabschnitt befanden und mit anderen Ausgangspositionen gekommen sind. Während manche kurz vor der Pensionierung standen, wollten andere sich beruflich umorientieren und den Weg in die Selbstständigkeit finden. Genauso gab es Themen, die abseits des beruflichen Kontexts standen.“

„Nach 20 Berufsjahren hatte ich schon des Längeren das Gefühl, mit meinem Job nicht mehr zufrieden zu sein. Wollte ich wirklich bis zu meiner Pension so weiterarbeiten, nur, weil die Arbeitsstelle ‚sicher‘ war?“

„Es herrschte eine offene Gesprächskultur, das Vertrauen war sofort da. Es gab keine Ängste, über Rückschläge oder Probleme zu sprechen.“

„Mit bis dato ‚Fremden‘ über das eigene Leben zu sprechen, habe ich als hilfreich

empfundener: Niemand hat bereits eine Meinung zu dir und deinem Umfeld. Ich habe erlebt, dass es oft leichter ist, sich gegenüber der Gruppe zu öffnen als dem eigenen Umfeld.“

„Ich erfuhr, dass ich nicht alleine bin mit meinen Problemen, wo meine Stärken liegen; wie andere es wahrnehmen, was ich ändern könnte, wenn ich wollte.“

„Ich habe Mut bekommen, Dinge anzupacken. Man muss nicht immer in Arbeitsverhältnissen verharren, nur, weil man sie gewohnt ist.“

„Im Endeffekt hat mich der Workshop bestärkt, bei meinen aktuellen Entschei-

dungen zu bleiben. Ich sehe die berufliche Laufbahn nun als etwas an, das sich rein im Hier und Jetzt entscheiden muss. Insbesondere hat es mir geholfen zu sehen, dass ‚das‘ Berufsleben nicht existiert.“

„Ich habe einen Anstoß bekommen, aber keinen konkreten Plan, auch wenn wir weitere Schritte formulieren mussten. Dennoch habe ich einiges an Zutrauen mitgenommen und ein bisschen Handwerkszeug, das mir ermöglicht, meinen Weg wiederaufzunehmen.“

„Es war der erste Schritt in Richtung Veränderung: Ich habe meine Arbeitszeit verkürzt und meine Verantwortung im Job abgegeben. Freizeit und Zeit für mich haben jetzt einen ganz anderen Stellenwert, nämlich sie sind genauso wichtig, wie vorher nur die Arbeit war!“

### Info für Interessierte:

Die Durchgänge starten jeweils nach ausreichender Anmeldezahl! Bei Interesse werden Sie bei uns vorgemerkt und über die nächsten Termine informiert. Diese finden üblicherweise wochentags von 18:00-20:45 Uhr am Stephansplatz statt. Ein Durchgang beinhaltet vier Termine, die im Wochentakt erfolgen.

Anmeldung und Rückfragen:  
ka.arbeitnehmer@edw.or.at  
Tel.: +43 676 9554194

Er sei strikt gegen ein Bedingungsloses Grundeinkommen. Jeder und jede müsse für die Gesellschaft eine Leistung erbringen. Die Idee eines Grundeinkommens hätte Charme, sei aber naiv, da sie von zu vielen Menschen ausgenutzt werden würde – Stichwort „Sozialschmarotzer“.

### Die Verteilungsfrage stellen

Nikolaus Dimmel kritisierte in seiner

Wortmeldung die Marktgläubigkeit und das kapitalistische Wirtschaftsmodell grundsätzlich. Gerade die Vorkommnisse rund um die Pandemie und der jetzigen Energiekrise hätten gezeigt, dass der Markt mit der Regulierung existenzieller Bereiche überfordert sei. Es müsse vielmehr die Verteilungs- und Eigentumsfrage gestellt werden. Zusätzlich sprach er noch die

Notwendigkeit der Einführung von Mindestlöhnen, einer radikalen Arbeitszeitverkürzung, einer deutlichen Erhöhung des Arbeitslosengeldes und einer Neubewertung der Care-Arbeit an. Mit der Einführung eines Bedingungslosen Grundeinkommens allein würde das ausbeuterische System gegenüber Mensch und Natur nicht überwunden werden können.



### **Vater, Mutter im Himmel**

Dein Reich komme  
in die Krippen des Abseits  
rundherum stehen Tagelöhner  
Hungernde aus mehreren Kontinenten  
Geflüchtete  
Familien in Not mit ihren Kindern ...  
Sie alle bitten um tägliches Brot – HEUTE  
Und viele sagen:  
Wir?  
Für so viele?  
Laut Oxfambericht  
gibt es 2668 Milliarden.  
Ihr Vermögen ist letztes Jahr  
um 42% gestiegen,  
während eine viertel Milliarde  
Menschen in extremer Armut lebt.

Darum: Vergib uns unsere Schulden  
in Afrika  
in Lateinamerika  
sonst wo ...

aber nicht ersatzlos,  
sondern erst nach Wiedergutmachung  
für Ausbeutung  
Umweltschäden  
Hunger  
Krieg ...

Und lasse uns nicht in der Versuchung wegschauen,  
sondern ermutige zum Engagement für mehr Gerechtigkeit.

Karl Immervoll

**Ein gesegnetes Weihnachtsfest allen Leser:innen  
von ZeitZeichen!**



FOTO: SHUTTERSTOCK

## **Zum Kennenlernen bietet ZEITZEICHEN ein Schnupperabo an:**

**Bestellen Sie Ihr Gratis-Probeabo für 3 Ausgaben**

### **per Post:**

senden Sie Name und Bezugsadresse an:  
ZeitZeichen, KABÖ,  
Spiegelgasse 3/2/6, 1010 Wien

### **oder per E-Mail:**

[kab.office@kaoe.at](mailto:kab.office@kaoe.at)